

Antrag 261/I/2025**KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme 260/I/2025 (Konsens)****Sichtbarkeit schafft Sicherheit!**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des
2 Abgeordnetenhauses, insbesondere die Senatorin für In-
3 neres und Sport, werden aufgefordert, sich für eine höhe-
4 re Sichtbarkeit von Queer-Sensibilität und Kompetenz bei
5 Themen von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt bei der
6 Berliner Polizei einzusetzen. Zu diesem Zweck sollen Ber-
7 liner Polizist*innen, die durch entsprechende Fortbildun-
8 gen belegte Kenntnisse zu sexueller und geschlechtlicher
9 Vielfalt haben, auch außerhalb von Einsätzen mit explizi-
10 tem Queer-Bezug die Möglichkeit erhalten, freiwillig eine
11 entsprechende Kennzeichnung sichtbar an der Dienstklei-
12 dung zu tragen – zum Beispiel durch Pins mit der Progress-
13 Pride-Flagge oder einen Aufdruck auf Namensschildern.
14 Queer-Kompetenz und Bereitschaft, die Anliegen queerer
15 Menschen ernst zu nehmen, in dieser Form sichtbar zu
16 machen, stärkt das Vertrauen von queeren Menschen in
17 die Polizei und kann einen Beitrag dazu leisten, dass sich
18 diese eher an Polizist*innen wenden, wenn sie bedroht
19 oder in anderer Form Opfer von queerfeindlichen Strafta-
20 ten werden.

21
22 Besondere Bedeutung haben in diesem Zusammenhang
23 - neben einer Grundschulung für alle Beamt*innen - die
24 besonders geschulten Multiplikator*innen, die es in der
25 Berliner Polizei bereits jetzt gibt. Die sozialdemokrati-
26 schen Mitglieder des Senats und des Abgeordnetenhou-
27 ses, insbesondere die Senatorin für Inneres und Sport,
28 werden aufgefordert, sich für einen kontinuierlichen Aus-
29 bau des Multiplikator*innen-Netzwerks einzusetzen. Um
30 die Kapazitäten für Aus- und Fortbildung und Beratung zu
31 Queer-Themen sowie die Netzwerkarbeit mit queeren Or-
32 ganisationen zu stärken, fordern wir die Schaffung einer
33 dritten Stelle für LSBTIQ-Ansprechpersonen beim Landes-
34 kriminalamt.

35
36 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des
37 Abgeordnetenhauses, insbesondere die Senatorin für In-
38 neres und Sport, werden weiterhin aufgefordert, sich da-
39 für einzusetzen, dass in Polizeidienststellen – etwa durch
40 Plakate im Außen- und im Eingangsbereich – deutlich
41 sichtbar darauf hingewiesen wird, dass queere Menschen
42 hier einen sicheren Ort finden, an dem sie Hilfe und Un-
43 terstützung erhalten.

44

Begründung

46 Kompetenz und Sensibilität der Strafverfolgungsbehör-
47 den und der Justiz sind zentrale Bausteine für den er-
48 folgreichen Kampf gegen queerfeindliche Hasskriminali-

49 tät. Die SPD Berlin hat hierzu bereits einen umfangreichen
50 Forderungskatalog beschlossen (vgl. Antrag 99/II/2023 Si-
51 cher und zu Hause fühlen: Sozialdemokratische Antwor-
52 ten für queere Sicherheit in unserer Regenbogenhaupt-
53 stadt). Derzeit läuft der Beteiligungsprozess zur Erarbei-
54 tung einer Landesstrategie für queere Sicherheit und ge-
55 gen Queerfeindlichkeit.

56

57 Mit den hauptamtlichen Ansprechpersonen für LSBT-
58 QIA* beim Landeskriminalamt, dem Multiplikator*innen-
59 Netzwerk innerhalb der Polizei, der Zentralstelle Hasskri-
60 minalität bei der Staatsanwaltschaft Berlin und einem
61 breiten Angebot an Beratungsstellen ist Berlin im bun-
62 desweiten Vergleich bereits gut aufgestellt. Damit queere
63 Menschen sich dann, wenn sie Opfer einer Straftat wer-
64 den, auch an Strafverfolgungsbehörden wenden, kommt
65 es aber darauf an, dass Queer-Kompetenz und Bereit-
66 schaft, die Anliegen queerer Menschen ernst zu nehmen,
67 auch nach außen sichtbar wird. Hierzu soll dieser Antrag
68 beitragen.

69

70 Die Neutralitätspflicht des Staates wird durch die vorge-
71 schlagenen Maßnahmen nicht beeinträchtigt. Wie auch
72 beim Hissen von Pride-Flaggen an Behörden und Gerich-
73 ten gilt, dass durch die Nutzung solcher Flaggen ein aus-
74 drückliches Zeichen gegen jegliche Form von Gewalt ge-
75 setzt sowie Solidarität mit Minderheiten demonstriert
76 wird, die noch immer nicht tolerierbare Gewalt und Het-
77 ze erfahren (vgl. Antwort der Senatsverwaltung für Inne-
78 res und Sport auf eine Schriftliche Anfrage, AGH-Drs. 19/16
79 193, Seite 10).